



Teil B

**Ausfertigung, die nach Hinterlegung der Urkunde bei der Kanzlei
in den Anlagen zum Belgischen Staatsblatt zu veröffentlichen ist**

Dem
Belgischen
Staatsblatt
vorbehalten



23149077

Hinterlegt bei der Kanzlei
des Unternehmensgerichts EUPEN

14. Nov. 2023

IA/
der Greffier **Kanzlei**

Unternehmensnr. **0840 678 907**
Gesellschaftsname

(voll ausgeschrieben) : **GDTEC**

(abgekürzt) :

Rechtsform : **Gesellschaft mit beschränkter Haftung**

Vollständige Anschrift

des Sitzes : **4780 Sankt Vith Solvaystraße 4**

Gegenstand

der Urkunde : **Anpassung der Satzungen - Neufassung - Abbrerufungen-
Ernennungen**

Analytischer Auszug der Urkunde des Notars Raphaël HERBRAND, mit dem Amtssitz zu Sankt Vith, vom 31. Oktober 2023, zur Registrierung verschickt.

Aufgrund dieser Urkunde ist eine außerordentliche Generalversammlung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung „GDTEC“, mit dem Gesellschaftssitz in 4780 Sankt Vith, Solvaystraße, 4, abgehalten worden.

Die Generalversammlung beschloss folgendes:

Erster Beschluss.

In Anwendung von Artikel 39, § 1, Absatz 1 und 3 des Gesetzes vom 23. März 2019, welches das Gesetzbuch der Gesellschaften und Vereinigungen einführt, beschloss die Generalversammlung einstimmig, die Satzungen der Gesellschaft an die neue Gesetzgebung anzupassen und die Gesellschaftsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung beizubehalten (abgekürzt „GmbH“).

Zweiter Beschluss.

In Anwendung von Artikel 39, § 2, Absatz 2 des Gesetzes vom 23. März 2019, welches das Gesetzbuch der Gesellschaften und Vereinigungen einführt, stellte die Generalversammlung fest, dass das tatsächlich freigemachte Kapital, nämlich zwanzigtausend Euro (20.000,00 €), sowie die gesetzlichen Rücklagen, nämlich zehntausend Euro (10.000,00 €), in eine statutarisch nicht verfügbare Einlage, bzw. Rücklage, umgewandelt wurden.

Die Generalversammlung beschloss weiter einstimmig, die Konten der statutarisch nicht verfügbaren Einlage, bzw. Rücklage, welche in Anwendung von Artikel 39, § 2, Absatz 2 des Gesetzes vom 23. März 2019, geschaffen wurden, aufzuheben und diese Beträge zur Verteilung freizugeben. Daher müssen diese Beträge nicht in den Satzungen angeführt werden.

Dritter Beschluss.

In Ausführung der vorherigen Beschlüsse beschloss die Generalversammlung einstimmig, die Satzungen der Gesellschaft, in Anwendung des Gesetzbuches der Gesellschaften und Vereinigungen, wie folgt neuzufassen, sodass diese mit dem genannten Gesetzbuch übereinstimmen:

I. Form, Bezeichnung, Sitz, Zweck und Dauer der Gesellschaft

Artikel 1: Form und Bezeichnung

Die Gesellschaft nimmt die Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung an.

Sie trägt die Bezeichnung „GDTEC“.

Artikel 2: Sitz

Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in der wallonischen Region im Gebiet deutscher Sprache.

Die Gesellschaft kann durch einfache Entscheidung des Verwaltungsorgans, Verwaltungssitze, Filialen, Werkstätten, Lagerstätten und Niederlassungen in Belgien und im Ausland einrichten.

Bijlagen bij het Belgisch Staatsblad - 23/11/2023 - Annexes du Moniteur belge

Bitte auf der letzten Seite des Teils B angeben : Auf der Vorderseite :

Name und Eigenschaft des beurkundenden Notars oder der Personen, die dazu ermächtigt sind, die juristische Person Dritten gegenüber zu vertreten

Auf der Rückseite :

Name und Unterschrift (die gilt nicht für Urkunden vom Typ Mitteilung).

Die Gesellschaft kann durch einfache Entscheidung des Verwaltungsorgans Betriebsniederlassungen einrichten oder schließen, vorausgesetzt, diese Entscheidung bewirkt keine Änderung der anwendbaren Sprachenregelung.

Artikel 3: Gegenstand und Zweck der Gesellschaft

Zweck und Gegenstand der Gesellschaft ist:

- Planung, Projektierung und Realisierung von industriellem Schaltschrank-Anlagebau;
- Prozesssteuerung, Prozessleitsysteme, und Industrieautomation;
- Einbindung von Informationssystemen in Maschinensteuerung;
- Planung, Projektierung und Realisierung von Fernwirkanlagen und Fernwirktechnik;
- Datenerfassung, -analyse und -archivierung sowie Datenverarbeitung;
- Vertrieb, Installation und Programmierung von Informatiksystemen;
- der An- und Verkauf, Import und Export, Groß- und Einzelhandel, Herstellung, Montage, Installation, Wartung und Reparatur von Maschinen aller Art, von Steuerungen und Programmen für Maschinen, sowie von EDV-Programmen im Allgemeinen.

Sie kann im Übrigen alle kaufmännischen und finanziellen Handlungen in Bezug auf bewegliche und unbewegliche Güter vollziehen, die für die Verwirklichung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder auch nur nützlich sind oder welche die Entwicklung der Gesellschaft erleichtern können.

Die Gesellschaft ist zu allen zur Erreichung des Gesellschaftszwecks und -gegenstandes notwendigen oder nützlichen Geschäften und Maßnahmen, zum Erwerb anderer sowohl gleichartiger oder ähnlicher, als nicht gleicher oder ähnlicher Unternehmen, zur Beteiligung an solchen Unternehmen, zum Abschluss von Interessengemeinschaften oder zur Beteiligung an vorübergehenden oder nicht befristeten Unternehmenszusammenschlüssen sowie zur Vergabe von Lizenzen und sonstigen Rechten im In- und Ausland berechtigt.

Sie kann ebenfalls als Verwalter oder Geschäftsführer einer Gesellschaft handeln.

Sie kann ihren Gegenstand sowohl in Belgien als auch im Ausland verwirklichen, auf alle Arten und gemäß den Modalitäten, die ihr als die geeignetsten erscheinen.

Artikel 4: Dauer

Die Gesellschaft wird für eine unbestimmte Dauer gegründet.

II. Eigenkapital und Einbringungen

Artikel 5: Einbringungen

Als Vergütung für die Einbringungen werden zweihundert (200) Aktien ausgegeben.

Jede Aktie berechtigt zu gleichem Stimmrecht über die Gewinnverteilung oder die Aufteilung des Liquidationsertrag.

Artikel 6: Zahlungsaufforderungen - Freimachung

Die Aktien werden bei der Ausgabe eingezahlt und vollständig freigemacht.

Falls es nur einen einzigen Aktionär-Verwalter gibt, entscheidet dieser frei und nach Bedarf der Gesellschaft und zum ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt über spätere Einzahlungen der ausgegebenen und nicht vollständig eingezahlten Aktien.

Artikel 7: Vorzugsrecht auf neue Aktien durch Bareinlagen

Bestehende Aktionäre haben im Verhältnis zur Anzahl Aktien, die sie besitzen, ein Vorzugsrecht auf neue Aktien, die durch Bareinlage ausgegeben werden.

Das Vorzugszeichnungsrecht kann innerhalb einer Frist von mindestens fünfzehn Tagen ab der Zeichnungseröffnung ausgeübt werden.

Die Eröffnung der Zeichnung mit Vorzugsrecht sowie die Ausübungsfrist für das Vorzugsrecht werden durch das Organ, das die Ausgabe vornimmt, bestimmt und den Aktionären per E-Mail oder den Personen, wovon es über keine elektronische Adresse verfügt, per Brief mitgeteilt, der am selben Tag wie die elektronische Mitteilung verschickt wird.

Wenn dieses Vorzugsrecht nicht vollständig ausgeübt wird, werden die verbleibenden Aktien gemäß den vorherigen Absätzen den Aktionären, die ihr Vorzugsrecht bereits vollständig ausgeübt haben, angeboten.

Diese Vorgehensweise wird angewandt gemäß den Modalitäten, die durch das Verwaltungsorgan festgelegt werden, bis die Ausgabe vollständig gezeichnet ist oder kein Aktionär Anspruch auf Vorzugsrecht erhebt.

Die Aktien, die nicht wie hiavor beschrieben gezeichnet wurden, können durch folgende Personen gezeichnet werden:

Durch Personen, denen laut Gesetz oder laut Artikel 9 der vorliegenden Satzung die Aktien frei übertragen werden können, oder durch Drittpersonen mittels Genehmigung durch mindestens die Hälfte der Aktionäre im Besitz von mindestens drei Viertel der Aktien.

III. Wertpapiere

Artikel 8: Art der Aktien

Alle Aktien sind Namensaktien und tragen eine Ordnungsnummer.

Sie werden im Aktionärsregister eingetragen, das die im Gesetzbuch über Gesellschaften und Vereinigungen vorgeschriebenen Vermerke enthält. Aktionäre können Kenntnis dieses Registers über ihre Wertpapiere nehmen.

Das Aktionärsregister kann in elektronischer Form geführt werden.

Falls das Eigentumsrecht einer Aktie in bloßes Eigentum und Nießbrauch aufgespalten ist, werden Nießbraucher und bloßer Eigentümer getrennt und mit Angabe ihrer jeweiligen Rechte im Aktionärsregister eingetragen.

Übertragungen sind gegenüber der Gesellschaft und Drittpersonen erst ab der Eintragung im Aktionärsregister wirksam. Den Aktionären werden Bescheinigungen, die die Eintragung feststellen, ausgehändigt.

Ausgenommen anderslautender Sonderbestimmungen in der vorliegenden Satzung oder im Testament oder in der Vereinbarung, die das Nießbrauchrecht begründet, geht im Falle einer Aufteilung des Eigentumsrechts an einer Aktie in Nießbrauch und bloßes Eigentum die damit verbundene Ausübung der Rechte auf den Nießbraucher über.

Artikel 9: Übertragung von Aktien

1. Abtretung unter Lebenden

a) Falls die Gesellschaft bei der Abtretung nur zwei Aktionäre hat, ist die Abtretung eines Aktionärs aller oder eines Teils seiner Aktien nur mit der ausdrücklichen und schriftlichen Genehmigung des anderen Aktionärs möglich.

Diese Zustimmung ist ebenfalls notwendig bei Abtretung an eine Person der Familie.

Die Ablehnung dieser Erlaubnis ist unwiderruflich.

Der sich widersetzende Aktionär hat, ab dem Tage des Antrags, sechs Monate Zeit einen Käufer zu finden, anderenfalls er verpflichtet ist, die Aktien selber zu den gebotenen Konditionen zu kaufen oder die Ablehnung zurückzunehmen.

b) Falls die Gesellschaft mehr als zwei Aktionäre hat, können die Aktien eines Aktionärs nur dann, unter Nichtigkeitsbedingung, unter Lebenden gegen Entgelt oder unentgeltlich abgetreten werden, wenn mindestens die Hälfte der Aktionäre, welche mindestens die Hälfte der ausgegebenen Aktien vertreten müssen, unter Abzug der Aktien, welche für die Übertragung vorgesehen sind, ihr Einverständnis geben.

Die Entscheidung wird in einer Generalversammlung getroffen, die durch das Verwaltungsorgan auf Antrag des Aktionärs, der abzutreten beabsichtigt, einberufen wird.

Besagte Generalversammlung muss innerhalb eines Monats nach dem Antrag abgehalten werden und der Beschluss wird den Beteiligten innerhalb von fünfzehn Tagen nach der Versammlung durch Einschreibebrief mitgeteilt.

Die Abwesenheit eines Aktionärs bei der Generalversammlung, die über die Frage beschließt, es sei denn er habe schriftlich abgestimmt oder sich vertreten lassen, setzt seine Zustimmung voraus. Das Gleiche gilt für jeden weißen Stimmzettel.

Diese Zustimmung ist ebenfalls notwendig, wenn die Aktien einem Mitaktionär, dem Ehegatten, den Vor- oder Nachfahren abgetreten werden sollen.

Die Ablehnung dieser Zustimmung ist unwiderruflich. Die Aktionäre, die sich widersetzen, haben sechs Monate nach der Ablehnung Zeit einen Käufer zu finden, anderenfalls sie verpflichtet sind, die Aktien selbst zu den gebotenen Konditionen zu kaufen oder die Ablehnung zurückzunehmen.

Der Preis ist zahlbar spätestens ein Jahr nach dem Antrag auf Abtretung.

Die Dividenden sind im Verhältnis zwischen dem Abtretenden und dem Übernehmer zu verteilen und zwar gerechnet ab dem Datum der Anfrage auf Abtretung.

In keinem Fall kann der Abtretende die Auflösung der Gesellschaft verlangen, außer wenn die Zahlung binnen Jahresfrist nach Ablehnung der Zustimmung wie hiervoor erwähnt, nicht geleistet wurde.

2. Übertragung durch Erbfolge

a) Falls die Gesellschaft nur zwei Aktionäre hat, kann der überlebende Aktionär:

- die Gesellschaft mit den Erben oder Vermächtnisnehmern des verstorbenen Aktionärs weiterführen;
- die Erben oder Vermächtnisnehmer des verstorbenen Aktionärs unwiderruflich ablehnen.

Der Aktionär hat sechs Monate nach der Ablehnung, welche innerhalb eines Monats nach dem Tode des Aktionärs erfolgen muss, anderenfalls er der Übertragung zustimmt, Zeit, einen Käufer zu finden, anderenfalls er verpflichtet ist, die Aktien selber zu kaufen, gemäß den hiervoor aufgeführten Fristen, oder die Ablehnung zurückzunehmen.

Sollten die Parteien sich nicht über einen Preis einigen können, so wird dieser durch einen gemeinsam bestimmten Sachverständigen festgelegt. Sollten die Parteien sich bei der Bestimmung des Sachverständigen nicht einigen, so wird dieser durch das Gericht bezeichnet.

b) Falls die Gesellschaft mehr als zwei Aktionäre hat, können die Aktien durch Erbfolge übertragen werden, wenn mindestens die Hälfte der Aktionäre, welche mindestens die Hälfte der ausgegebenen Aktien vertreten müssen, unter Abzug der Aktien die übertragen werden sollen, mit der Übertragung einverstanden sind.

Die Zustimmung hat gemäß der unter 1.b) aufgeführten Prozedur zu erfolgen.

Diese Zustimmung ist ebenfalls notwendig, falls die Aktien einem Aktionär, dem Ehegatten, Vor- oder Nachfahren des Verstorbenen übertragen werden sollen.

Die Erben und Vermächtnisnehmer, welche nicht Aktionäre werden können, haben Anrecht auf den Wert der Aktien.

Sollten die Parteien sich nicht über einen Wert einigen können, so wird dieser durch einen gemeinsam bestimmten Sachverständigen festgelegt. Sollten die Parteien sich bei der Bestimmung des Sachverständigen nicht einigen, so wird dieser durch das Gericht bezeichnet.

Die eventuellen Dividenden werden ebenfalls wie hiervoor beschrieben geteilt.

Falls die Zahlung nicht binnen Jahresfrist ab dem Todestag geschehen ist, sind die Erben oder Vermächtnisnehmer berechtigt, die Auflösung der Gesellschaft vorzunehmen.

IV. Verwaltung und Kontrolle

Artikel 10: Verwaltungsorgan

Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Verwalter geleitet. Sowohl natürliche Personen wie Rechtspersonen, Aktionär oder Nichtaktionär, können für eine bestimmte Dauer oder ohne bestimmte Dauer ernannt werden.

Verwalter können in der Satzung genannt werden und besitzen in diesem Fall die Eigenschaft eines satzungsmäßigen Verwalters.

Die Generalversammlung bestellt den oder die Verwalter und bestimmt deren Anzahl sowie die Dauer ihres Mandats und, falls mehrere Verwalter ernannt wurden, ihre Handlungsvollmacht.

Falls keine Dauer angegeben wurde, gilt das Mandat als für unbestimmte Zeit erteilt.

Artikel 11: Befugnisse des Verwaltungsorgans

Falls es nur einen Verwalter gibt, ist ihm die gesamte Verwaltungshandlungsvollmacht zugewiesen mit der Möglichkeit, diese teilweise zu delegieren.

Falls die Gesellschaft durch mehrere Verwalter geleitet wird, kann jeder Verwalter eigenständig und allein handeln, und alle notwendigen oder für die Verwirklichung des Gesellschaftszwecks nützlichen Handlungen vornehmen außer derjenigen, die per Gesetz oder aufgrund der Satzung der Generalversammlung vorbehalten sind.

Jeder Verwalter vertritt die Gesellschaft gegenüber Drittpersonen und vor Gericht entweder als klagende oder verteidigende Partei.

Ein Verwalter kann einem Bevollmächtigten Sondervollmachten erteilen.

Artikel 12: Vergütung des Verwalters

Die Generalversammlung entscheidet, ob das Mandat des Verwalters entgeltlich oder unentgeltlich ausgeübt wird.

Falls das Mandat des Verwalters vergütet wird, bestimmt der alleinige Aktionär oder die Generalversammlung mit einfacher Mehrheit die pauschale oder anteilige Vergütung.

Diese Vergütung wird zu den Betriebskosten gezählt, unabhängig von etwaigen Kosten für die Vertretung, Reisen und Fahrten.

Artikel 13: Laufende Geschäftsführung

Das Verwaltungsorgan kann die laufende Geschäftsführung delegieren, sowie die diesbezügliche Vertretung der Gesellschaft, und zwar an eins oder mehrere Mitglieder des Verwaltungsorgans, die den Titel delegierte Verwalter tragen oder an einen oder mehrere Direktoren.

Das Verwaltungsorgan legt fest, ob diese allein oder gemeinsam handeln.

Die delegierten Verwalter dürfen, bezüglich dieser laufenden Geschäftsführung, Bevollmächtigten Sondervollmachten erteilen.

Das Verwaltungsorgan bestimmt die Zuständigkeiten und etwaigen Vergütungen der mit der täglichen Geschäftsführung Beauftragten.

Es kann deren Auftrag jederzeit widerrufen.

Artikel 14: Kontrolle der Gesellschaft

Falls das Gesetz es verlangt, und innerhalb dieses gesetzlich bestimmten Rahmens erfolgt die Kontrolle der Gesellschaft durch einen oder mehrere Kommissare, der für drei Jahre ernannt wird und wiederwählbar ist.

V. Generalversammlung

Artikel 15: Durchführung und Einladung

Eine ordentliche Generalversammlung findet jedes Jahr im Sitz der Gesellschaft statt und zwar am dritten Freitag des Monats Dezember um 20.00 Uhr. Falls dieser Tag ein Feiertag ist, wird diese ordentliche Generalversammlung auf den nächstfolgenden Arbeitstag zur gleichen Uhrzeit verschoben. Falls es nur einen Aktionär gibt, genehmigt und unterschreibt er an diesem Tag den Jahresabschluss.

Außerordentliche Generalversammlungen werden außerdem durch das Verwaltungsorgan und, gegebenenfalls, durch den Kommissar einberufen, immer dann, wenn das Interesse der Gesellschaft dies erfordert oder auf Antrag von Aktionären, die mindestens ein Zehntel der ausgegebenen Aktien darstellen. In diesem letztgenannten Fall stellen die Aktionäre einen Antrag und bestimmen die Punkte der Tagesordnung.

Das Verwaltungsorgan, oder gegebenenfalls der Kommissar, beruft die Generalversammlung ein und zwar innerhalb einer Frist von drei Wochen ab Antrag.

Die Einladungen zur Generalversammlung beinhalten eine Tagesordnung. Die Einladungen erfolgen mindestens fünfzehn Tage vor der Generalversammlung per E-Mail an die Aktionäre, an die Verwalter und an die Kommissare. Die Einladungen erfolgen per gewöhnlichem Postbrief an die Personen, deren E-Mailadresse der Gesellschaft nicht bekannt ist, und zwar am gleichen Tag wie der elektronische Versand.

Jede Person kann auf eine Einladung verzichten und gilt in jedem Fall als regelkonform eingeladen, wenn sie bei der Generalversammlung anwesend oder vertreten ist.

Artikel 16: Zulassung zur Generalversammlung

Für die Zulassung zur Generalversammlung und für die Ausübung des Stimmrechts der Aktionäre, erfüllt der Wertpapierinhaber, die nachfolgenden Bedingungen:

-Der Inhaber von Namensaktien ist in dieser Eigenschaft und entsprechend der Kategorie seines Wertpapiers im Namensaktionärsregister eingetragen;

-Die mit den Wertpapieren verbundenen Rechte sind nicht ausgesetzt; falls nur das Stimmrecht ausgesetzt ist, kann der Betroffene an der Generalversammlung teilnehmen jedoch ohne Stimmrecht.

Artikel 17: Sitzungen und Sitzungsprotokoll

§ 1. Den Vorsitz der Generalversammlung führt ein Verwalter, oder, in Ermangelung eines Verwalters der Aktionäre, der im Besitz der meisten Aktien ist, oder, bei Gleichheit der Aktionäre, der älteste Aktionär. Der Vorsitzende bestimmt den Sekretär, der kein Aktionär sein muss.

§ 2. Die Beschlüsse der Generalversammlung oder des alleinigen Aktionärs werden in Sitzungsprotokollen festgehalten und in einem Register am Gesellschaftssitz aufbewahrt. Die Sitzungsprotokolle werden durch die Mitglieder des Büros unterzeichnet sowie durch die Aktionäre, die darum bitten. Auszuhändigende Kopien werden durch ein oder mehrere vertretungsbefugte Mitglieder des Verwaltungsorgans unterzeichnet.

Die Anwesenheitsliste und etwaige Berichte, die Vollmachten und die Abstimmungen per Brief werden dem Sitzungsprotokoll beigelegt.

Artikel 18: Abstimmungen und Stimmrecht

§ 1. Bei der Generalversammlung berechtigt jeder Aktie zu einer Stimme vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen über Aktien ohne Stimmrecht.

§ 2. Falls die Gesellschaft nur einen einzigen Aktionär umfasst, übt dieser alle Befugnisse der Generalversammlung alleine aus.

§ 3. Jeder Aktionär kann gleich welcher anderen Person, die Aktionär ist oder nicht, und auf gleich welchem Weg schriftliche Vollmacht erteilen, um ihn bei der Generalversammlung zu vertreten und an seiner Stelle abzustimmen.

Eine erteilte Vollmacht bleibt für jede nachfolgende Generalversammlung gültig, insofern dieselben Tagesordnungspunkte behandelt werden, es sei denn, die Gesellschaft wurde über eine Übertragung der betroffenen Aktien informiert.

Ein Aktionär, der nicht anwesend sein kann, hat außerdem die Möglichkeit, vorab der Generalversammlung seine Stimme schriftlich abzugeben. Diese schriftliche Stimmabgabe wird der Gesellschaft spätestens fünf Tage vor der Generalversammlung überreicht.

Eine schriftliche Stimmabgabe bleibt für jede nachfolgende Generalversammlung gültig, insofern dieselben Tagesordnungspunkte behandelt werden, es sei denn, die Gesellschaft wurde über eine Übertragung der betroffenen Aktien informiert.

§ 4. Jede Generalversammlung kann nur über Vorschläge entscheiden, die auf der Tagesordnung vermerkt sind, es sei denn, alle einzuladenden Personen sind anwesend oder vertreten, und die Vollmacht im letztgenannten Fall vermerkt dies ausdrücklich.

§ 5. Außer in den gesetzlich oder in dieser Satzung vorgesehenen Fällen werden Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit getroffen und gleich wie viele Aktien bei der Generalversammlung vertreten sind.

§ 6. Sollten mehrere Personen dingliche Rechte an ein und derselben Aktie haben, so kann die Gesellschaft die Ausübung des Stimmrechts aussetzen, bis nur eine Person als Inhaber im Hinblick auf sein Stimmrecht benannt wird.

Im Falle des Ablebens des alleinigen Aktionärs werden die mit den Aktien verbundenen Rechte von den Erben und Vermächtnisnehmern, die diese Aktien in Besitz genommen haben oder die ihnen übergeben wurden, bis zur Teilung dieser Aktien oder bis zur Aushändigung des sich darauf beziehenden Nachlasses proportional zu ihren Rechten am Nachlass ausgeübt.

Im Falle einer Aufteilung des Eigentumsrechts an einer Aktie in Nießbrauch und bloßes Eigentum wird das damit verbundene Stimmrecht vom Nießbraucher ausgeübt.

Artikel 19: Vertagung einer Sitzung

Jede ordentliche oder außerordentliche Generalversammlung kann während der Sitzung durch das Verwaltungsorgan für höchstens drei Wochen vertagt werden. Diese Vertagung macht die anderen getroffenen Beschlüsse nicht rückgängig, es sei denn, die Generalversammlung entscheidet anders.

Die zweite Generalversammlung stimmt über dieselbe Tagesordnung ab und entscheidet endgültig.

VI. Geschäftsjahr, Verteilung, Rücklagen

Artikel 20: Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr beginnt jedes Jahr am ersten Juli und endet am dreißigsten Juni.

Zum letztgenannten Datum wird die Buchführung abgeschlossen und das Verwaltungsorgan erstellt ein Inventar sowie den Jahresabschluss. Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen veröffentlicht das Verwaltungsorgan den Jahresabschluss nach dessen Genehmigung durch die Generalversammlung.

Artikel 21: Verteilung und Rücklagen

Die Generalversammlung entscheidet auf Vorschlag des Verwaltungsorgans über die Verwendung des jährlichen Nettogewinns. Alle Aktien sind für die Gewinnverteilung gleichberechtigt.

Die Zahlung der Dividenden erfolgt zu dem vom Verwaltungsorgan festgelegten Zeitpunkt und Ort.

Das Verwaltungsorgan ist befugt, unter eigener Verantwortung und gemäß den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere gemäß den Artikeln 5:141 und folgende des Gesetzbuches über Gesellschaften und Vereinigungen, über die Zahlung von Dividenden zu entscheiden.

VII. Auflösung und Liquidation

Artikel 22: Auflösung

Die Gesellschaft kann jederzeit durch Beschluss der Generalversammlung aufgelöst werden. Dieser Beschluss wird entsprechend den Modalitäten einer Satzungsänderung getroffen.

Artikel 23: Liquidatoren

Im Fall der Auflösung der Gesellschaft aus gleich welchem Grund und zu gleich welchem Zeitpunkt, ist, falls kein Liquidator ernannt wurde, der ausübende Verwalter Liquidator aufgrund der vorliegenden Satzung.



Unbeschadet dessen hat die Generalversammlung das Recht, einen oder mehrere Liquidatoren zu benennen und ihre Befugnisse und Vergütung festzulegen.

Artikel 24: Verteilung der Nettoaktiva

Alle Schulden, Kosten und Liquidationskosten werden beglichen oder die dazu erforderlichen Beträge hinterlegt. Falls Aktien nicht vollständig eingezahlt wurden, wird die Gleichheit zwischen allen Aktien wiederhergestellt durch zusätzliche Zahlungsaufforderungen zu Lasten der nicht vollständig eingezahlten Aktien oder vorherige zusätzliche Ausschüttungen zugunsten der bereits eingezahlten Aktien. Dann werden die Nettoaktiva und die hinterlegten Güter zwischen allen Aktionären anteilmäßig aufgeteilt.

VIII. Sonstige Bestimmungen

Artikel 25: Wohnsitzwahl

Für die Ausführung der Statuten wählt jeder Aktionär, Verwalter, Kommissar, Liquidator oder Inhaber von Obligationen, der im Ausland wohnt, Wohnsitz am Sitz der Gesellschaft, wo alle Mitteilungen, Aufforderungen, Mahnungen und Vorladungen rechtsgültig erfolgen können, wenn die vorgenannte Person gegenüber der Gesellschaft keinen anderen Wohnsitz in Belgien gewählt hat.

Artikel 26: Gerichtsstand

Für alle Streitigkeiten zwischen der Gesellschaft, ihren Aktionären, Geschäftsführern, Kommissaren und Liquidatoren für Angelegenheiten, die die Gesellschaft und die Ausführung der vorliegenden Satzung betreffen, sind die Gerichte des Sitzes der Gesellschaft ausschließlich zuständig, es sei denn, die Gesellschaft verzichtet ausdrücklich darauf.

Artikel 27: Gemeinrecht

Die Bestimmungen des Gesetzbuches über Gesellschaften und Vereinigungen, wovon nicht rechtmäßig abgewichen wurde, sind fester Bestandteil der vorliegenden Satzung und die Satzungsbestimmungen, die gegen zwingend geltendes Recht verstoßen, gelten als nicht geschrieben.

Vierter Beschluss.

Die Generalversammlung beschloss einstimmig den vorgenannten Verwalter, die Kommanditgesellschaft C. Grommes & Partners abzuberufen.

Die Generalversammlung erteilte den abberufenen Verwaltern vollständige Entlastung für die Ausübung ihres Mandats.

Fünfter Beschluss.

Weiter beschloss die Generalversammlung einstimmig, die Anzahl Verwalter auf zwei festzulegen. Die Generalversammlung beschloss einstimmig, sofort zu den neuen nicht statutarischen Verwaltern der Gesellschaft, für eine unbestimmte Dauer, zu ernennen:

□ die Kommanditgesellschaft „C. Grommes & Partners“, Unternehmensnummer 0842.018.002, mit dem Sitz in 4770 Amel, Am Adesberg, 46, hier vertreten durch ihren ständigen Vertreter, Herrn GROMMES Christian, vorgeannt, welcher annimmt;

□ die Gesellschaft mit beschränkter Haftung „C. LEMAIRE“, Unternehmensnummer 0789.690.955, mit dem Sitz in 4770 Amel, Auf dem Kamp 2/2/2, hier vertreten durch ihren ständigen Vertreter, Herrn LEMAIRE Christoph, vorgeannt, welcher annimmt.

Die Mandate der Gesellschaften „C. Grommes & Partners“ und „C. LEMAIRE“ werden bis zu einem anders lautenden Beschluss der Generalversammlung entlohnt.

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung „C. LEMAIRE“ hat die weitgehendsten Verwaltungs- und Verfügungsrechte und unterschreibt bis zu einem Betrag von fünfundzwanzigtausend Euro (25.000,00 €) allein sämtliche Akten der Gesellschaft, mit folgender Ausnahme: bei Handlungen mit einem Vertragswert über fünfundzwanzigtausend Euro (25.000,00 €) ist die Unterschrift eines zweiten Verwalters notwendig. Diese Einschränkung gilt nicht für die Kommanditgesellschaft „C. Grommes & Partners“.

Weiter ernannte die Generalversammlung Herrn GROMMES Christian, welcher annahm, zum ständigen Vertreter der Gesellschaft.

Sechster Beschluss.

Die Generalversammlung beschloss einstimmig, dass der Sitz der Gesellschaft an folgender Adresse bestätigt wird: 4780 Sankt Viith, Solvaystraße 4.

Siebter Beschluss.

Die Generalversammlung erteilte dem unterzeichneten Notar Auftrag und Vollmacht für die Veröffentlichung der gegenwärtigen Beschlüsse und die Koordinierung der Satzungen Sorge zu tragen.

Für analytischen Auszug

HERBRAND Raphaël, Notar

Gleichzeitig hinterlegt : Ausfertigung der Urkunde, koordinierte Satzungen